



Liebe Leserinnen und Leser,

im Interview mit dem Münchner Merkur spricht Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, über die Zukunft der Großen Koalition, Wachstumsimpulse für die Wirtschaft unseres Landes und höhere Verteidigungsausgaben. Deutschland könne sich nicht länger darauf verlassen, dass

vorwiegend andere NATO-Partner zur Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses beitragen, so Dobrindt.

Am 4. April feierte die NATO in Washington ihr 70-jähriges Bestehen. Auch im Bundestag war das Bündnis diese Woche Thema. Wir stehen zum transatlantischen Bündnis und wollen unseren Beitrag leisten.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat diese Woche die Kriminalitätsstatistik für 2018 präsentiert. Seehofer verwies auf die positive Entwicklung der Zahlen. Es gab weniger als 5,4 Millionen Straftaten im vergangenen Jahr. Gleichzeitig hat die Aufklärungsquote einen Höchststand erreicht. Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Christian Schmidt MdB

Diese Woche:

Dobrindt: "Auch Deutschland muss seinen Anteil leisten"	2
Seehofer: "Deutschland eines der sichersten Länder der Welt"	4
Freiheit und Sicherheit für Europa	6
Christian Schmidt MdB: „Verbesserungen beim Kinderzuschlag und beim Bildungs- und Teilhabepaket“	8
Christian Schmidt im Kosovo	9
Steller'sche Seekuh geht an Verein Frohsinn	10

Treten Sie mit mir in Kontakt:

Homepage: www.christian-schmidt.de/

E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de



INTERVIEW MÜNCHNER MERKUR 01.04.2019

Dobrindt: "Auch Deutschland muss seinen Anteil leisten"



© picture alliance/Silas Stein/dpa

Im Interview mit dem Münchner Merkur spricht Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, über die Zukunft der GroKo, Wachstumsimpulse für die Wirtschaft und höhere Verteidigungsausgaben. Deutschland könne sich nicht länger darauf verlassen, dass vorwiegend andere NATO-Partner zur Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses beitragen, so Dobrindt.

Diese Koalition schleppt sich von Woche zu Woche. Wann ist es genug?

Die GroKo ist besser als ihr Ruf. Sie sollte aber ihre Erfolge gemeinsam stärker vertreten. Dringende bitte an die SPD: raus aus der Sinnkrise, zurück in den Regierungsmodus. Es liegen größte Herausforderungen vor uns. Die Konjunkturprognosen sinken stärker, als das viele erwartet haben. Möglicherweise müssen wir in Kürze über ein neues Konjunkturpaket sprechen, um wieder stärker in Wachstum zu investieren und so das hohe Niveau an Beschäftigung zu erhalten. Wachstumsimpulse sollten kein Kriseninstrument sein, erst dann, wenn es eigentlich schon zu spät ist, sondern gesetzt werden, um Krisen zu vermeiden.

Wie groß muss das Paket konkret sein, wo greift es?

Es geht um Milliardenbeträge, die im Haushalt aufgewendet werden müssen: Wir brauchen stärkere Investitionen in Infrastruktur, Innovationen und Digitalisierung.



Außerdem wollen wir unsere internationalen Verpflichtungen bei der Verteidigung und der Entwicklungszusammenarbeit einhalten.

Das heißt: Die schwarze Null wackelt, doch bald neue Schulden?

Nein! Die schwarze Null ist für uns gesetzt. Auch Steuererhöhungen, wie sie sich manche in der SPD wünschen, werden wir nicht zulassen. Wir müssen jetzt die richtigen Prioritäten im Haushalt setzen. Dafür brauchen wir eine Wachstumsdebatte und keine Sozialstaatsdebatte. Die fünf bis acht Milliarden Euro, die Arbeitsminister Heil für seine fehlgesteuerten Rentenpläne vorsieht, müssen wir in Investitionen lenken.

Was muss sich am Verteidigungsetat ändern?

Das NATO-Ziel von zwei Prozent gilt. Wir haben uns auch ein Zwischenziel von 1,5 Prozent im Jahr 2023 gesetzt. Das bildet sich in der mittelfristigen Finanzplanung von Finanzminister Scholz nicht ab. Deshalb machen wir uns diese Pläne nicht zu eigen. Wir werden im Bundestag dafür sorgen, dass unsere internationalen Zusagen eingehalten werden und wir den Verteidigungsetat so ausstatten, um den internationalen Herausforderungen zu begegnen.

Wo muss in der Rüstung investiert werden? In schöne Kinderkrippen für die Kasernen?

Beides muss möglich sein: die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver machen und gleichzeitig die Ausrüstung deutlich verbessern. Dazu braucht es langfristige Perspektiven für große Ausrüstungsprojekte wie etwa das neue Kampfflugzeug, das wir gemeinsam mit Frankreich entwickeln. Klar ist: Wir können uns nicht länger darauf verlassen, dass vorwiegend andere Partner zur Verteidigungsfähigkeit der NATO beitragen. Auch Deutschland muss seinen Anteil leisten.

Wegen der Kürzungen im Entwicklungs-Etat spricht Ihr Parteifreund Ramsauer vom „Sargnagel für die Koalition“. Hat er Recht?

Wir wollen im humanitären Bereich nicht wieder eine Situation erleben, in der die Lebensmittelversorgung in Flüchtlingscamps nicht mehr gesichert ist, und damit Wanderungsbewegungen nach Europa in Gang kommen. In den vergangenen Jahren haben wir den Haushalt für die Entwicklungshilfe von sechs auf über zehn Milliarden Euro gesteigert, um Fluchtursachen zu bekämpfen und Perspektiven zu schaffen in den Heimatländern. Aber es kommen auch immer neue Aufgaben hinzu. Wir stellen uns dieser humanitären Verantwortung. Deswegen darf auch das weitere Anwachsen des Entwicklungshilfehaushalts nicht infrage gestellt werden.

Also – Sargnagel?

Wir haben in den letzten Jahren im Bundestag immer wieder dafür gesorgt, dass dieser Etat stärker steigt, als es der Finanzminister vorgesehen hat. Ich sehe auch diesmal das Potenzial, dass wir uns darauf verständigen.



KRIMINALSTATISTIK 05.04.2019

Seehofer: "Deutschland eines der sichersten Länder der Welt"



© istock/chalabala

Horst Seehofer (CSU) hat in dieser Woche die Kriminalitätsstatistik präsentiert. Der Bundesinnenminister verwies auf die positive Entwicklung der Zahlen. Weniger als 5,4 Millionen Straftaten gab es im vergangenen Jahr. Gleichzeitig hat die Aufklärungsquote einen Höchststand erreicht.

So wenig Straftaten wie seit Jahrzehnten nicht mehr

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat am Mittwoch im Bundestag im Rahmen der Aktuellen Stunde die [Kriminalstatistik](#) für das Jahr 2018 vorgestellt. "Die Polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnete im vergangenen Jahr weniger als 5,4 Millionen Straftaten", berichtete der Bundesinnenminister. Diese sei der niedrigste Wert seit Jahrzehnten. Aber natürlich sei jede Straftat eine zu viel, so Seehofer. "Die Aufklärungsquote hat einen Höchststand erreicht – sie wird geschlüsselt seit dem Jahr 2005 festgestellt –, nämlich 56,5 Prozent", sagte Seehofer. Der Bundesinnenminister sagte, dass angesichts dieser Zahlen mit Fug und Recht festgehalten werden könne, dass Deutschland eines der sichersten Länder der Welt sei. Horst Seehofer bedankte sich dafür explizit bei den Polizistinnen und Polizisten. "Die Entwicklung ist zwar erfreulich, aber wir müssen alle miteinander daran arbeiten, dass sie in den nächsten Jahren verstetigt wird", betonte Seehofer. Dafür brauche es weiterhin eine gute personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden und eine gute materielle Ausstattung, die auf der Höhe der Zeit ist, so der Bundesinnenminister. "Die schlechteste Antwort wäre, wenn wir uns auf diesen erfreulichen Zahlen ausruhen würden", sagte Seehofer. Niemand könne eine absolute Sicherheit, eine hundertprozentige Sicherheit versprechen. Aber das Menschenmögliche für die Sicherheit in unserem Lande



müsste zu jeder Zeit getan werden. Der Bundesinnenminister verwies vor allem noch auf einen Straftatbereich, der die Bevölkerung besonders bewegt: "Die Diebstahlsdelikte – übrigens der größte Bereich der Straftaten – befinden sich ebenfalls auf dem niedrigsten Niveau seit Jahrzehnten." Es habe einen Rückgang um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gegeben. "Ganz besonders erfreulich ist die Entwicklung beim Wohnungseinbruchdiebstahl, der viele Menschen umtreibt: Die Statistik verzeichnet hier erneut eine Abnahme, und zwar um 16,3 Prozent", berichtete Horst Seehofer.

Rückgang bei Gewaltdelikten

Einen weiteren Punkt griff Horst Seehofer noch heraus: "Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung und Einschätzung hatten wir bei den Gewaltdelikten ebenfalls einen Rückgang gegenüber 2017, um fast zwei Prozent." Gleiches gelte für die Kriminalität von Ausländern: 2018 sei der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen mit 30,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – mit 30,4 Prozent – praktisch konstant geblieben, so der Bundesinnenminister. Eine kleine Einschränkung nahm Horst Seehofer bei der insgesamt positiven Darstellung vor: "Bei bestimmten Deliktgruppen haben wir Zuwächse. Das gilt vor allem für die Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt. Hier haben wir eine Zunahme der Zahl der erfassten Fälle um fast 40 Prozent." Das sei sicher darauf zurückzuführen, dass das Recht geändert worden sei und es jetzt eine präzisere Erfassung dieser Vorgänge gebe. Früher seien all diese Vorgänge unter dem allgemeinen Begriff der Körperverletzung erschienen, und jetzt erschienen sie als Straftat "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte". Zudem sei das Internet ein neuer Markt für die Kriminalität geworden. "Das gilt für die Rauschgiftkriminalität, das gilt für den Bereich der eigentlichen Cybersicherheit, aber auch für die Verbreitung von Kinderpornografie und den Handel mit Waffen", so Seehofer. Die Anstiege der Kriminalität in diesen Bereichen werde man nicht hinnehmen, deshalb müssten in den nächsten Monaten Rechtslücken geschlossen werden.





NATO 05.04.2019

Freiheit und Sicherheit für Europa



© picture alliance/AA

Am 4. April feierte die NATO in Washington ihr 70-jähriges Bestehen. Auch im Bundestag war das Bündnis diese Woche Thema.

Erneutes Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel

In Washington feierte die NATO diese Woche ihre Gründung am 4. April 1949. Im Zuge der Feierlichkeiten wurden die künftige strategische Ausrichtung sowie die militärischen Fähigkeiten des Bündnisses angesprochen. Vor allem die Diskussionen über das Zwei-Prozent-Ziel dominierten das Jubiläum. In der Hauptstadt der Vereinigten Staaten haben sich Deutschland und die anderen NATO-Verbündeten schließlich erneut zu einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben bekannt. Es seien "wesentliche Fortschritte erzielt" worden, aber die Staaten "können, müssen und werden mehr tun", heißt es in einer von den NATO-Außenministern verabschiedeten Erklärung. Konkret erneuern die 29 Mitgliedsstaaten somit ihr Versprechen, die Zwei-Prozent-Zielmarke von 2014 einzuhalten. Auch die CSU im Bundestag spricht sich klar für eine deutliche Erhöhung der Militärausgaben aus. So mahnte der Vorsitzende, Alexander Dobrindt, dass auch Deutschland seinen verteidigungspolitischen Beitrag leisten müsse.

Debatte im Bundestag

In der Bundestagsdebatte zum 70-jährigen Bestehen des NATO-Bündnisses bekräftigte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Donnerstag die Zusage, die Ausgaben bis zum Jahr 2024 deutlich zu erhöhen und langfristig die NATO-Zielmarke anzustreben. Die Verteidigungsministerin bezeichnete das Bündnis als "Garant für Sicherheit und Freiheit in Europa". Die NATO beruhe auf dem Prinzip



der Glaubwürdigkeit des Bündnisversprechens und dem Prinzip fairer Lastenteilung. "Ich finde, beim Beistandsversprechen sind wir gut", sagte von der Leyen. Auch würdigte sie den Beitrag unseres Landes für das transatlantische Bündnis. So sei Deutschland der zweitgrößte Truppensteller in Afghanistan, zweitgrößter Nettozahler im Bündnis und schütze maßgeblich die östliche Grenze des Bündnisses. CSU-Außenpolitiker Christian Schmidt zeichnete in seinem Redebeitrag zudem die historische Rolle der NATO nach. Er unterstrich dabei vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts, dass Deutschland wie kein anderes Land von der NATO profitiert habe. Er mahnte, dass man den Bürgern dieses Landes diese historische Leistung der NATO auch weiterhin verdeutlichen müsse. Auch künftig gelte es, die Bürger bei sicherheitspolitischen Fragen einzubeziehen und um Verständnis zu werben.

Den europäischen Pfeiler stärken

Im Anschluss stimmte der Bundestag für einen **Antrag von CDU/CSU und SPD**, in dem sie anlässlich der NATO-Gründung dafür plädieren, den europäischen Pfeiler innerhalb des Bündnisses stärken. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, sich für "Zusammenhalt und Einigkeit im Bündnis als Beitrag zur Aufrechterhaltung und Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung einzusetzen und transatlantische Lastenteilung weiterhin auch glaubwürdig umzusetzen". Die Bundesrepublik müsse sich weiterhin zu den Vereinbarungen in der Nato bekennen, dem "Zielkorridor der Vereinbarungen" folgen und "damit auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur fairen Lastenteilung im Bündnis leisten". Ebenso soll die Regierung weiterhin substanzielle Beiträge zur Stärkung der kollektiven Verteidigung der NATO leisten und dabei als Rahmennation zur Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO für die Verbündeten zur Verfügung stellen.





STARKE-FAMILIEN-GESETZ VERABSCHIEDET - KINDERARMUT ENTGEGENTRETEN 03.04.2019

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB: „Verbesserungen beim Kinderzuschlag und beim Bildungs- und Teilhabepaket“

Mit dem Starke-Familien-Gesetz, das der Bundestag nun beschlossen hat, bringt die Koalition ein wichtiges Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Kinderarmut auf den Weg. „Das Gesetz greift eine der zentralen Unionsforderungen aus dem Koalitionsvertrag auf, nämlich allen Kindern die Chance auf Teilhabe und somit eine gute Zukunft zu ermöglichen“, betont Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB. Ziel des Familienstärkungsgesetzes sei es, diejenigen besonders zu unterstützen, die arbeiten und Kinder erziehen. „Mit den vorgesehenen Verbesserungen schaffen wir mehr Erwerbsanreize, denn elementare Voraussetzung dafür, um Kinder aus der Armut zu holen, ist die Erwerbstätigkeit der Eltern“, so Schmidt.

„Neben den bereits in dieser Legislaturperiode beschlossenen familienpolitischen Leistungen wie der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag, dem Baukindergeld oder dem so genannten „Gute-Kita-Gesetz“ sollen weitere Maßnahmen für Familien realisiert werden – Maßnahmen, die Familien dabei unterstützen, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen.“ Konkret sollen mit Verbesserungen beim Kinderzuschlag zielgerichtet diejenigen unterstützt werden, die arbeiten, aber nur geringe Einkommen haben und durch den Bedarf ihrer Kinder in Hartz IV fallen würden.

Leider kennen und beziehen den Kinderzuschlag nur wenige Familien. Tatsächlich nehmen lediglich rund 30 Prozent der Berechtigten diese wichtige familienpolitische Leistung in Anspruch. Darüber hinaus verlieren Familien den Zuschlag vollständig, sobald sie eine bestimmte Einkommensgrenze überschreiten. „Das kann dazu führen, dass die Familie trotz Gehaltserhöhung tatsächlich weniger Geld zur Verfügung hat. Das ändern wir jetzt“, betont Schmidt. „Wir werden den Kinderzuschlag auf 185 Euro erhöhen, wir schaffen die Höchsteinkommensgrenze ab, so dass die Leistung künftig nicht mehr abrupt endet, sondern mit steigendem Einkommen schleichend ausläuft und wir schaffen wesentliche Erleichterungen bei der Antragstellung des Kinderzuschlages. Wer zusätzliches Einkommen verdient, darf künftig mehr davon behalten. Das ist ein wichtiges Signal dafür, dass sich Leistung auch lohnt.“

Darüber hinaus sollen Familien bei der Antragstellung zusätzlich durch Videoberatung und Netzwerkmanager unterstützt werden und sie sollen den Antrag in naher Zukunft auch digital einreichen können. „Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, entbürokratisieren und verbessern wir gleichzeitig das Bildungs- und Teilhabepaket: Der Eigenanteil für Schülerbeförderung und Mittagessen fällt künftig weg – das entlastet Träger und Kommunen von Bürokratie und Leistungsbezieher von Kosten“, berichtet der Bundestagsabgeordnete.



Der Betrag für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf werde von 100 auf 150 Euro pro Schuljahr erhöht. Die Lernförderung erfolge künftig nicht nur erst bei unmittelbar bevorstehender Versetzungsgefährdung, sondern setzt bereits früher an.

„Im parlamentarischen Verfahren konnten wir noch weitere Vereinfachungen beim Kinderzuschlag und beim Bildungs- und Teilhabepaket durchsetzen“, freut sich Schmidt. „Eine noch im Gesetzentwurf bestehende Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden bei der Berechnung des Kindeseinkommens beim Kinderzuschlag haben wir beseitigt. Zudem zahlen wir beispielsweise für den Sportverein oder den Musikunterricht künftig nicht nur den konkreten Beitrag- jedoch höchstens 10 Euro, sondern wir zahlen pauschal 15 Euro im Monat.“ Mit Ausnahme für eine Lernförderung müssen Familien künftig keine gesonderten Anträge auf die einzelnen Bildungs- und Teilhabeleistungen stellen.

„Das ist insgesamt ein Gesamtpaket für unsere Zukunft – unsere Kinder –, das sich uneingeschränkt sehen lassen kann“, freut sich Schmidt.

KOSOVO-REISE 01.04.2019

Christian Schmidt im Kosovo

Gespräche mit Ministerpräsident Harajinai über Kosovo, Serbien und Europa

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB war für den Auswärtigen Ausschuss des Bundestages im Kosovo. Hier führte er Gespräche mit Ministerpräsident Harajinai über Kosovo, Serbien und Europa.

Christian Schmidt erinnerte an die zwanzig Jahre der so wichtigen friedensbringenden Präsenz der Bundeswehr und der NATO-Truppen im Kosovo, die er von Anfang an begleitet und gestaltet hat.

Mehr dazu finden Sie hier:

<https://www.facebook.com/informatat/videos/2013543068955413?sfns=mo>



STELLER´SCHE SEEKUH GEHT AN VEREIN FROHSINN 29.03.2019

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB gratuliert zur Auszeichnung



Heinrich Stiegler
Bad Windsheimer
Nachtwächter

Bernd Schnizlein
stellv. Landrat
NEA-B.W.

Christian Schmidt
Bundesminister
a.D.

Wolfgang Schmotzer
1. Vorsitzender
Geselligkeitsverein
Frohsinn

Richard Nähr
Ehrenvorstand
Geselligkeitsverein
Frohsinn

Jürgen Heckel
1. Vorsitzender
Fremdenverkehrs-
verein
Innenstadt-Team

Oliver Späth
2. Vorsitzender
Fremdenverkehrs-
verein

Robert Foitzik
2. Vorsitzender
Geselligkeitsverein
Frohsinn
Schriftführer
Fremdenverkehrsverein

www.fotoheckel.de

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB hat am Freitag, den 29. März 2019, dem Verein Frohsinn mit Trachtengruppe e.V. mit seinem Frohsinns-Hof recht herzlich zur Auszeichnung mit der Steller'schen Seehkuh gratuliert. Diese wird vom Fremdenverkehrsverein und dem Innenstadt-Team Bad Windsheim an Vereine, Personen und soziale Einrichtungen verliehen, die sich besondere Verdienste um die Kurstadt erworben haben.

In seiner Laudatio dankte Schmidt für das ehrenamtliche Engagement des Vereins, der damit „einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des ländlichen Brauchtums und unserer fränkischen Identität leistet. Sie pflegen und bewahren unsere Traditionen. All das machen Sie ehrenamtlich. Dafür gebührt Ihnen größter Respekt, Dank und Anerkennung.“



Was 1875 mit 15 Mitgliedern begann, ist heute ein aktiver Verein, dem über 190 Mitglieder angehören. Der Verein hat nicht nur Trachten-, Erwachsenen- und Kindertanzgruppen sowie eine Jugendmusikkapelle gegründet, er hat auch Partnerschaften zu anderen Vereinen in Eschenbach, Lichtenau, Reitmehring, Limoges aufgebaut und gepflegt.

Seit seiner Mitwirkung bei der Einweihung des Freilandmuseums im Jahr 1982, stellt der Verein jedes Jahr hier den Maibaum. „Bei Umzügen und Veranstaltungen ist er gar nicht mehr wegzudenken. Er ist fest im gesellschaftlichen Leben Bad Windsheims verankert“, so Schmidt weiter.

Der Verein leistet aber weit mehr. 1985 hat er den Frohsinns-Hof, einen alten Bauernhof aus dem 17. Jahrhundert in Oberntief erworben. „Die Mitglieder haben sich damit einer wahrhaft großen Herausforderung gestellt und die Sanierung des baufälligen Anwesens in Angriff genommen. Fast 3.000 Arbeitsstunden haben sie investiert und mit der tatkräftigen Unterstützung der Oberntiefer Landwirte und heimischer Firmen diesen Hof aus dem Dornröschenschlaf geweckt. Das verdient Respekt und Anerkennung.“

Als Museum beherbergt er heute eine umfangreiche Sammlung alter bäuerlicher Haus- und Feldgeräte. Hier lassen sich von der Erntemaschine, Pflügen und anderen landwirtschaftlichen Geräten, bis hin zu Möbeln, Trachten und einer alten Schusterei, auch handwerkliche Werkzeuge, Kinderwagen und Waschmaschinen aus längst vergangenen Zeiten bestaunen.

Und eine ganz besondere Attraktion bietet den Besucherinnen und Besuchern die in ganz Franken einmalige Bulldog-Ausstellung. „Ich freue mich sehr, dass das Jahrzehntelange Engagement des Vereins Frohsinn mit der Verleihung der Steller'schen Seekuh entsprechend gewürdigt wird“, so Schmidt.

Impressum

Herausgeber: Christian Schmidt MdB, CSU im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Telefon: 030 / 227 71630, Fax: 030 / 227 76962
E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de
Bildnachweis: Thomas Lothar (Seite 1)